

Meldungen

von Jorge Scholz

Kommunalwahlen: Etappensieg des Establishments

Im Rahmen des sogenannten *devolution plan* der Militärregierung – eine Art Stufenplan zur Re-Demokratisierung der politischen Landschaft in mehreren Etappen – fand am 31. Dezember der erste Teil von Beobachtern mit Spannung erwarteter landesweiter Kommunalwahlen statt. Dabei wurde in zunächst 18 ausgewählten Distrikten aller vier Provinzen (Anmerkung: allein die Provinz Punjab ist in 34 Distrikte untergliedert) gewählt, um zunächst in direkter Wahl die künftigen Abgeordneten der untersten Verwaltungsebene, der *Union Councils* (Gemeinderäte) zu bestimmen. Der zweite Teil der Gemeinderatswahlen mit dem Urnengang in allen übrigen Distrikten soll am 21. März diesen Jahres folgen. Später folgen dann noch indirekte Wahlen zu den übergeordneten *Tebsil*- und Distrikt Parlamenten, an denen jedoch nur die in die Gemeinderäte gewählten Abgeordneten teilnehmen dürfen. Laut Fahrplan sollen sämtliche Ergebnisse spätestens am 14. August zum pakistanischen Unabhängigkeitstag vorliegen.

Eine Besonderheit des von der Militärregierung festgelegten Wahlverfahrens besteht im Ausschluß der politischen Parteien, die in ihrem Namen keine Kandidaten ins Rennen schicken dürfen. Entsprechend fehlen auf den Wahlzetteln Hinweise auf die eventuelle Parteizugehörigkeit von Kandidaten, die nur unter ihrem eigenen Namen antreten dürfen. Auf diese wollten die Generäle sicherstellen, daß vorbei an den mit Argwohn beäugten Parteipolitikern, die in aller Regel der lokalen Feudalaristokratie angehören, frische, unbelastete Kräfte auf die politische Bühne gehievt werden. Immerhin war und ist den Parteien im Vorfeld Wahlkampf erlaubt. Aber auch dabei dürfen ihre eigentlichen Namen sowie die Parteesymbole nicht auftauchen. Die *Pakistan People's Party* (PPP) legte sich beispielsweise daraufhin den Tarnnamen *awam dost* (etwa: „volksfreundlich“) zu, den sie bereits in den

80er Jahren während der Militärdiktatur von Zia-ul Haq benutzte und als Synonym für die Partei in weiten Teilen der Bevölkerung bekannt ist.

Doch wie stark die Stellung der etablierten Parteien diesen Schwächungsversuchen zum Trotz nach wie vor ist, zeigt das Zwischenergebnis vom 31. Dezember: Denn von wenigen Ausnahmen abgesehen gehören alle siegreichen Kandidaten politischen Parteien an und/oder sind Mitglieder einer *Landlord*-Familie. Dies gilt mehrheitlich auch für die Frauen unter den frisch gebackenen Gemeinderatsmitgliedern, für die als Novum in der pakistanischen Geschichte ein Drittel aller zu vergebenden Sitze reserviert wurde (näheres hierzu im Artikel von Susanne Thiel in dieser Ausgabe).

Auffällig ist auch, daß die kleinen Parteien aus dem seit über einem Jahr anhaltenden massiven Kesseltreiben der Armeeadministration gegen die großen Parteien PPP und *Pakistan Muslim League* (PML) offenbar keinen Vorteil ziehen konnten. So gehen in den pakistanischen Medien publizierte inoffizielle Schätzungen davon aus, daß die PPP in ihrer Hochburg, der Südprowinz Sindh, rund 85 Prozent aller Sitze mit Kandidaten ihres Vertrauens und Parteibuches beschicken konnte. Dieses Ergebnis erscheint um so eindrucksvoller, wenn man berücksichtigt, daß die PPP ihren – im übrigen schlecht organisierten – Wahlkampf aufgrund ihres traditionellen Mißtrauens gegenüber Kommunalparlamenten bislang mit angezogener Handbremse bestritt. Die Konkurrenz von der PML konnte vor allem in ihrer Heimatprovinz Punjab punkten, wo die von ihr unterstützten Kandidaten eine ähnlich dominierende Stellung erreichten. Aber auch Politiker islamistischer Parteien wie der *Jama'at-i Islami* (JI) konnten zumindest regional begrenzte Achtungserfolge verbuchen.

Für öffentlich ausgetragene Kontroversen zwischen der Regierung und unabhängigen Beobachtern sorgten vor allem die vorgelegten Zahlen zur Wahlbeteiligung, die nach offiziellen Angaben bei unerwartet niedrigen 35 Prozent lag.

Hochrechnungen inoffizieller Wahlbeobachter der pakistanischen NGO-Szene sprachen dagegen sogar von nur etwa 20 bis 25 Prozent. Während die Regierung vor allem das schlechte Wetter am Wahltag für die Abstinenz der Wähler verantwortlich machte, werteten Analysten diesen Umstand als Sieg der parlamentarischen Demokratie über das von den Militärs angestrebte parteilose, basisdemokratische Räte-System (zur Diskussion um die Zukunft der Demokratie in Pakistan siehe auch den Artikel von Nafees Takar in dieser Ausgabe). Auch den diversen Boykottaufrufen insbesondere aus dem Umfeld der religiösen Minderheiten billigen die meisten Beobachter eine beachtliche Wirkung zu. Namentlich Christen und Hindus, die zusammen rund drei Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, blieben in einer Demonstration seltener Einigkeit der Wahl fern. Fast alle der für Repräsentanten der religiösen Minderheiten reservierten Sitze blieben als Konsequenz unbesetzt, was der Legitimation des separaten Wahlsystems nach religiösen Kriterien nach Einschätzung der meisten Kommentatoren einen schweren Schlag versetzt hat. Das Festhalten an diesem separaten Wahlsystem bei den jüngsten Kommunalwahlen war auch der Grund für die Boykottaufrufe der Interessenverbände der nicht-muslimischen Minderheiten. Der Erfolg: Regierungsvertreter denken bereits laut über eine baldige Abschaffung des separaten Wahlsystems nach, was demnach bereits zu den für Sommer 2002 angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung geschehen soll.

Zinsen: Kein Reibach mit *riba*

Religionsminister Mahmud Ahmad Ghazi hat am 8. Januar diesen Jahres angekündigt, daß im Juni 2001 landesweit die Bankzinsen abgeschafft werden. Jeder, der nach diesem Zeitpunkt noch *riba* (Zinsen) erhebt, werde auf der Basis eines noch zu formulierenden Gesetzes schwer bestraft, drohte der Politiker. Nach Berechnungen der pakistanischen



Pakistans Wirtschaft auf Mullah-Kurs (aus: Friday Times, 19. Januar 2001)

Staatsbank betreffe die geplante Maßnahme Spareinlagen im Gesamtvolumen von 1,7 Billionen Rupien, wovon rund 650 Milliarden Rupien (etwa zwei Milliarden Mark) gewöhnlichen Bürgern gehören. Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen sprechen prominente Kritiker wie der Publizist Khaled Ahmed bereits von der drohenden „Zerstörung der Mittelschicht“. Daß die düsteren Prognosen für den Fall der tatsächlichen Umsetzung des Zinsverbots auch von Teilen der Regierung für realistisch gehalten werden, zeigt der Umstand, daß sowohl Finanzminister Shaukat Aziz als auch der Gouverneur der Staatsbank, Ishrat Hussain, einer geplanten gemeinsamen Presseerklärung mit dem Religionsminister zum Zinsverbot unentschuldig fernblieben. So blieb es dem Theologen überlassen, die ausländischen Geberländer und Institutionen mit dem Hinweis zu beruhigen, daß der Schuldendienst für die pakistanischen Auslandsschulden in Höhe von 35 Milliarden Dollar vom geplanten Zinsverbot nicht betroffen sei.

Die möglichen Folgen für die Wirtschaft des Landes sind zum jetzigen Zeitpunkt kaum abzusehen. Der Abzug beziehungsweise das Ausbleiben von Geldern ausländischer Investoren wäre nur der geringste Schaden. Weit bedrohlicher wäre nach Einschätzung von Experten ein möglicher Run besorgter Sparer auf die Banken, um ihre Guthaben beizeiten in Sicherheit bringen zu können. Angesichts der begrenzten Bargeldreserven wäre es jedoch noch nicht ein-

mal annähernd möglich, Summen in fraglicher Höhe auszuführen, was einem Kollaps des gesamten Bankensystems mit weitreichenden Folgen für die gesamte Wirtschaft gleichkäme. Schon jetzt machen deshalb Gerüchte die Runde, daß die Regierung auf Auszahlung drängenden Kontoinhabern lediglich an der Börse handelbare Obligationen zum Nominalwert anbieten werde. Daß diese im Umfeld des von Experten prognostizierten Szenarios einen dramatischen Kurs- und Wertverlust erleben würden, liegt auf der Hand. Dies wiederum käme *de facto* einer teilweisen Enteignung weiter Bevölkerungskreise gleich, was insbesondere das Heer der einkommensschwachen Kleinsparer empfindlich treffen würde. Der Militärführung um General Musharraf sind die drohenden negativen Konsequenzen des angekündigten Zinsverbots durchaus bewußt. Allerdings steckt sie gleich in doppelter Hinsicht in der Klemme: Einmal gibt es ein entsprechendes Urteil des *Supreme Court*, das die Regierung in ultimativer Form mit dem Hinweis auf Islamisches Recht zur Umsetzung des Zinsverbots auffordert; zum anderen drohen die in jüngster Zeit politisch gestärkten Kleriker mit der Mobilisierung ihrer Gefolgschaft, falls sich die Regierung über das Verdikt des Verfassungsgerichtes hinwegsetzen sollte. Dies wiederum könnte nach Einschätzung der meisten Beobachter selbst für die mit diktatorischen Vollmachten herrschende Armeeführung zu einer ernststen Bedrohung ihrer Machtposition werden.

IMF-Delegation in Pakistan

Am 6. Februar ist in Islamabad eine fünfköpfige hochrangige IMF-Delegation eingetroffen, die vor Ort die Performance der pakistanischen Wirtschaft im ersten Halbjahr des Haushaltsjahres 2000/2001 überprüfen soll. Vom Ergebnis hängt ab, ob im März eine weitere IMF-Kredittranche in Höhe von 70 Millionen Dollar freigegeben wird. Vor allem das Steueraufkommen und das Exportvolumen der pakistanischen Wirtschaft dürften einmal mehr im Fokus stehen. Finanzminister Shaukat Aziz zeigte sich im Vorfeld optimistisch, daß man die Experten des Internationalen Währungsfonds zufriedenstellen könne. Man habe trotz jüngst zurückgehender Steuereinnahmen 95 Prozent der anvisierten Vorgaben erfüllt und die Exporte zeigten leicht ansteigende Tendenz, hieß es im Rahmen einer Pressekonferenz.

Der Besuch der IMF-Delegation wird von Beobachtern vor dem Hintergrund der von der pakistanischen Regierung angekündigten Abschaffung der Zinsen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

Militärs specken Diplomatisches Korps ab

Chief executive General Musharraf hat am 6. Februar einen Entwurf der Regierung abgesegnet, der eine Kürzung der Ausgaben für die pakistanischen Auslandsvertretungen um 25 Prozent vorsieht. Das diplomatische Personal soll sogar noch stärker schrumpfen. Insgesamt sollen weltweit mehr als 530 Stellen gestrichen werden. In allen Botschaften und Konsulaten wird es dann zusammengekommen nur noch 1.404 Beschäftigte geben. Ob dies auch die Schließung ganzer Botschaften oder Konsulate zur Folge hat, ist noch offen. Derzeit unterhält Pakistan im Ausland 78 Botschaften und 20 Konsulate.

Staudampläne reaktiviert

Nach Presseberichten hofft die Militärregierung von *Chief Executive* Musharraf, mit „aktiven“ Plänen für Staudammprojekte entlang des Indus-Oberlaufes im nordpakistanischen Hochgebirge, die drängenden Wasserversorgungsprobleme im Tiefland, namentlich die der Bewässerungslandwirtschaft, zu lösen. Musharraf's Vorstöße zur Durchsetzung des seit Jahrzehnten geplanten und umstrittenen

Kalabagh-Staudammes im pakistanischen Tiefland scheiterten wiederholt am Widerstand der Provinzen NWFP, Baluchistan und Sindh (vgl. Südasien 4/98). Neben der Reaktivierung der Staudammpläne von Bunji und Basha, die ebenfalls nicht neu und unumstrittenen sind (vgl. SÜDASIEN 5/99), spricht sich Musharraf auch deutlich für Verbesserungen des Wassermanagements, das heißt die Verminderung von Verlusten im bestehenden Bewässerungssystem, aus. Diese Pläne sind Bestandteil der Wirtschaftspolitik, welche sich auf die Bereiche der Landwirtschaft, Energieerzeugung, Industrie und Information und konzentrieren soll.

Neue Welle religiöser Gewalt

Karachi ist seit einiger Zeit Schauplatz einer neuen Welle religiös motivierter

Terrorakte, an denen verfeindete schiitische und sunnitische Splitterparteien beteiligt sind. Auslöser der jüngsten Unruhen war die Ermordung von zwei Aktivisten der militant-schiitischen *Tebrik-e-Jafaria-e-Pakistan* (TJP), die am 5. Februar von unerkannt entkommenen Bewaffneten erschossen wurden. Gleichwohl machten TJP-Sprecher umgehend die radikal-sunnitische *Sipah-e-Sahaba Pakistan* (SSP) für den Anschlag verantwortlich, mit der sich die TJP seit vielen Jahren mit schwankender Intensität einen blutigen Untergrundkrieg mit hunderten Toten auf beiden Seiten liefert. Prompt kam es am Tag darauf nach der Beerdigung der beiden Mordopfer zu schweren Krawallen von TJP-Anhängern mit Polizei und paramilitärischen Sicherheitskräften. Dabei wurden unter anderem mehrere Fahrzeuge in Brand gesteckt und es gab auf beiden Seiten

Verletzte. Wie die in Karachi erscheinende Tageszeitung *Dawn* berichtete, setzten die Sicherheitskräfte Schlagstöcke und Tränengas ein, um die aufgebrachte Menschenmenge in Schach zu halten. Außerdem berichtete das Blatt in der Ausgabe vom 7. Februar über Massenverhaftungen in Reaktion auf die Ausschreitungen. Betroffen war demnach die praktisch gesamte Führungsspitze der TJP sowie eine nicht näher benannte Anzahl einfacher Parteimitglieder. Auch zwei Spitzenfunktionäre der SSP landeten laut Zeitungsbericht in Polizeigewahrsam. Der lokale SSP-Generalsekretär berichtete gegenüber der Presse, die Polizei habe insgesamt 250 Aktivisten und Mitglieder seiner Partei verhaftet.

Warum versagt in Pakistan die Demokratie?

Betrachtungen von Nafees Takar

Die Demokratie gilt in Pakistan seit der Staatsgründung 1947 als gescheitertes Phänomen. Daß sie in diesem Land nicht funktioniert, ist heute eine allgemeine Erkenntnis. Das Scheitern der Demokratie wird vor dem Hintergrund deutlich, daß auch heute noch, 53 Jahre nach der Unabhängigkeit, zivile und militärische Regierungsformen wie in den Anfangsjahren beständig wechseln. Nach der Unabhängigkeit dauerte es abgesehen von einer ersten semidemokratischen Phase ab 1947, die 1958 mit einem Militärputsch beendet wurde, immerhin ganze 25 Jahre, bis sich die Demokratie in Pakistan in den Jahren von 1972 bis 1977 erstmals für eine kurze Zeit durchsetzen konnte. Doch darauf folgte gleich die bisher längste Periode einer weiteren Militärdiktatur, die erst 1988 zu Ende ging. Die Jahre zwischen 1988 und 1999 bescherten dagegen die bislang längste Demokratiephase in der Geschichte des Landes. Doch vier Amtsenthebungen gewählter Regierungen und das Installieren einer ähnlichen Anzahl nicht gewählter Übergangsregierungen innerhalb dieser elf Jahre verhinderte, daß die Demokratie in Pakistan Wurzeln schlagen konnte. Politische Beobachter haben deshalb diese Periode mit dem Schlagwort von der „kontrollierten Demokratie“ umschrieben. Die Präsidenten dieser Ära besaßen die Macht, gewählte Regierungen jederzeit und nach eigenem Gutdünken zu entlassen. Mit dieser weitreichenden Vollmacht war das Staatsoberhaupt durch

eine Verfassungsergänzung ausgestattet worden, die ein nach Wahlen unter Ausschluß der politischen Parteien geschaffenes Parlament 1985 verabschiedet hatte. Erst 1997 gelang es einem aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlament, diese verhängnisvolle Verfassungsergänzung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit wieder aus der Verfassung zu streichen.

Für das Scheitern der Demokratie in Pakistan werden in der Regel eine ganze Reihe von Faktoren verantwortlich gemacht. Korruption, Vetternwirtschaft, ökonomische Fehlplanung und schlechte Regierungsarbeit sind einige der wichtigsten Gründe, die in diesem Zusammenhang immer wieder genannt werden. Die starke Stellung der Großgrundbesitzer in der Gesellschaft und ihre Dominanz im Parlament, der geringe Einfluß der Mittelschicht auf die Regierungspolitik sowie der weitverbreitete Analphabetismus unter den Wählern gelten als weitere Faktoren für das Versagen der Demokratie. Doch es gibt etliche Beobachter, die dieser Analyse nicht zustimmen würden und hierfür aus ihrer Sicht ganz andere Ursachen ausmachen. Diese aufrechten Befürworter einer Fortsetzung des demokratischen Experiments in Pakistan vertreten die These, daß das wirkliche Problem darin bestehe, daß die Demokratie bislang noch nie eine echte Chance besaß, im Land Wurzeln zu schlagen. Jedesmal wenn sie sich anschickte, sich auf eigene Füße zu stellen - so die